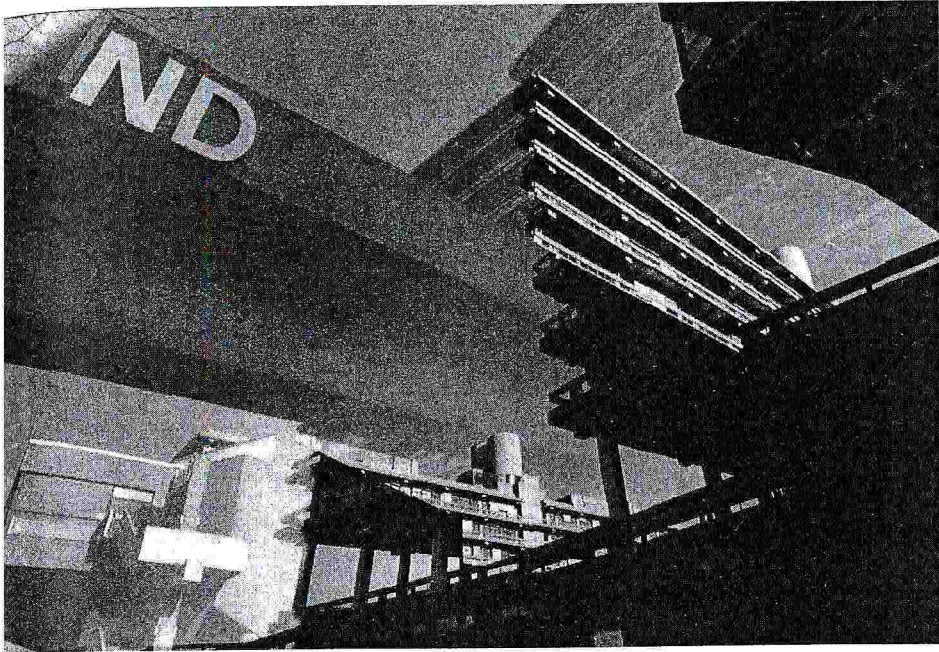


Tagung Hochschule

Hochschule als gesellschaftliches Risiko

Hochschulpolitische Tagung des BdWi 2.-3. Dezember 1994



Mit dem Untertitel „Die Hochschule neu erfinden“ wurden im Rahmen der Berliner Tagung ausgehend von einer kritischen Analyse der Hochschule mögliche Bausteine einer reflexiven, interdisziplinären und nicht patriarchalen Hochschule diskutiert. Nachfolgend dokumentieren wir den Kommentar zum deutsch-deutschen Hochschulvereinigungs-Prozess von Peer Pasternak, die alternativen Strukturvorschläge von Wolfgang Nitsch sowie die Hochschulpolitischen Thesen des BdWi, die im Rahmen der Konferenz vorgestellt und diskutiert wurden.

Die »innere Einheit« in der Wissenschaft

Krise Ost und Krise West erfolgreich zusammengeführt

Nicht nur meist erfolglose Bemühungen um die Rettung industrieller Kerne, flächendeckende Versorgung mit richtigem Fruchtjoghurt und anderen, kaum minder wichtigen Dingen hat manche/r im ostdeutschen Siedlungsgebiet als eindruckliche Erfahrungen der letzten fünf Jahre gespeichert. Auch der Umbau des dortigen Wissenschaftssystems gehört dazu. Die einen feiern dabei den „vollen Erfolg“, die anderen sehen eine „Wissenschaftskatastrophe“. ¹ Die einen sind vornehmlich verantwortliche oder verantwortlich gewesene PolitikerInnen und soziale GewinnerInnen des Vorgangs, die anderen meist OppositionspolitikerInnen und soziale VerliererInnen des Wissenschaftsumbaus. Übereinstimmung herrscht nur an einem Punkt: Es sei eine Überstülpung der westdeutschen Zustände auf die Ostwissenschaft erfolgt. Bei deren Einschätzung dann wieder heillose Zerstrittenheit: Die einen finden dies grandios, die anderen ganz furchtbar. Die Injektion der wissenschaftlichen Pluralität sieht sich, wie wir bemerken, pluralen Bewertungen ausgesetzt. Die »Katastrophe als Erfolg«-Fraktion leugnet die Kosten des Vorgangs nicht, doch veranschlagt

sie den Nutzen höher. Sie pflegt die auch im übrigen vorherrschende Perspektive des Institutionentransfers²: Die außeruniversitäre Forschung der staatlichen Wissenschaftsakademien wurde erfolgreich in westdeutsche Organisationsformen überführt. Es sind Max-Planck-, Fraunhofer- und Blaue-Liste-Institute entstanden. Lediglich die gesamtdeutsche Gewichtsverschiebung zugunsten letzterer wird zu verkraften sein. Vielleicht werden sogar noch geisteswissenschaftliche Forschungsschwerpunkte fortexistieren, um die derzeit heftig gepokert wird. Das Hochschulsystem ist gleichfalls angepaßt. Fachschulen und Ingenieurhochschulen, Medizinische Akademien und Pädagogische Hochschulen sind in die Universitäten integriert, zu Fachhochschulen umgewandelt oder aufgelöst worden. Lediglich die Industrieforschung ist zusammengebrochen, doch das braucht den institutionenzentrierten Blick nicht zu beunruhigen, denn Industrieforschung gehört in Marktzusammenhänge, und der Markt schafft sich, Kosten-Nutzen-Kalkülen folgend, was er braucht. Oder er schafft ab.

Die »Erfolg als Katastrophe«-Fraktion kritisiert all dies heftig. Die einem Umbau naturgemäß innewohnende Chance zur Reform sei nicht genutzt, statt dessen ein krisenhaftes Strukturgeflecht implantiert worden. Nötig gewesen wäre dagegen wenigstens, den Wissenschafts-Osten als innovatives Testfeld einzurichten. Für solch verschenkte Chancen wird eine schnöde Unwilligkeit des Westens verantwortlich gemacht, die Bildung eines deutschen Gesamtstaates als beidseitigen Veränderungsprozeß anzunehmen. Wir tauschen mithin einer Variation auf ein bekanntes Thema: die Rückführung sämtlicher Unzufriedenheiten auf den allerorten diagnostizierten Ost-West-Konflikt.

Die Vorwürfe an den Westen der Republik sind gewiß nicht aus der Luft gegriffen. Erfolgreichen Deutschen ist es offenbar immer eigen, zu den eher unangenehmeren Zeitgenossen (wie mitunter auch anderen Genossen) zu gehören. Wo die Vorwürfe jedoch als Ost-West-Konflikt inszeniert werden, unterstellen sie mindestens eines: Es habe im Osten ein hinreichendes Reformpotential gegeben, das aber dem Expansionsdruck der einfallenden Westmeute weichen mußte.

Hochschule ost, die meinungsbildend führende³ ostdeutsche Fachzeitschrift zum Thema, veröffentlichte unlängst eine Pressemitteilung des mecklenburg-vorpommerschen Kultusministeriums zum Recht der Titelführung durch infolge Personalabbaus nicht mehr an den Hochschulen tätigen WissenschaftlerInnen. Dieses Recht soll künftig von einer beanstandungsfrei durchlaufenen Überprüfung der politisch-moralischen Integrität (für Uneingeweihte: in der DDR) abhängig gemacht werden. Ein Rostocker Professor teilte daraufhin der Redaktion mit: „Schlimmer konnte es nicht kommen“, und meinte damit anlässlich seines gefährdeten Titels den ostdeutschen Hochschulumbau.

Ernsthaftere Einwände

Dies ist eine nicht untypische Reaktion, und da nun muß uns freilich sofort Hegel einfallen, „dem Verletzten (erscheint) das Unrecht nicht in seiner quantitativen und qualitativen Begrenzung, sondern nur als Unrecht überhaupt“⁴, und was uns dies heute sagen könnte: Es hätte, doch doch, durchaus schlimmer kommen können. Und: Aus der Perspektive der Betroffenen ist schlecht ein Analyseangebot zu entwickeln, das andere, die nicht die Prämissen der Betrachtung teilen, diskussionswürdig finden könnten. Oder, etwas anders gesagt: Es wäre hilfreich, wenn ostdeutsche Professoren den Nachweis ihrer unrechtmäßigen Abwicklung dadurch zu führen suchten, daß sie analytisch fundierte Kritik allein auf Grundlage wissenschaftlicher Standards leisteten, mithin frei von emotionaler Überformung und ideologischer Normativität.

So wäre sich bspw. mit einem der ernsthafteren analytischen Einwände gegen grundlegende Reformen im Zuge der deutschen Vergesamtstaatli-

chung auseinanderzusetzen. Dieser lautet in einer von verschiedenen Formulierungen: Bei „*aller Kritik im einzelnen*“ habe „*praktisch keine Alternative*“ existiert. „*Da sich ein politisch-administratives System nicht gleichzeitig transferieren und reformieren läßt, weist die Vereinigung zwangsläufig strukturkonservative Züge auf ... Der Streit um Dutzende von mehr oder minder bedeutsamen Reformen wäre in absehbarer Zeit nicht zu bewältigen gewesen und hätte die für die eigentliche Wiedervereinigung dringend benötigten politischen und legitimatorischen Ressourcen längerfristig gebunden.*“⁵

Eine dagegen anfangs manche/n auch im Westen euphorisierende Idee war, die ostdeutsche Hochschulerneuerung könne zum Ausgangspunkt einer gesamtdeutschen Wissenschaftsreform werden. Das hätte sie vielleicht auch (wobei damit noch nichts über die wahrscheinliche Richtung dieser imaginierten Reform gesagt ist), wenn eine Frage ernsthaft zu beantworten versucht worden wäre: Warum eigentlich müssen zwei unterschiedliche Wissenschaftssysteme um jeden Preis in kürzester Zeit vereinheitlicht werden?

Drei Antworten sind gegeben worden. 1. Weil wir das in allen Bereichen so machen, denn es ist der Wählerwille: Eine Aussage von hochnormativer Begründungskraft. 2. Weil wir Chancengleichheit für die studierenden und lehrenden Brüder und Schwestern herstellen müssen: Ein Zeugnis eindrucksvollen Selbstbewußtseins, gestützt durch die noch eindrucksvollere Gesundheit des westdeutschen Wissenschaftssystems. 3. Weil alles andere viel zu teuer wäre: Das hilft uns, die Mechanismen von Verteilungspolitik zu begreifen, denn der Massenabbau akademischer Beschäftigungsmöglichkeiten ist, bruttosozialproduktiv betrachtet, selbsttendend kostenneutral.

Die widerstreitenden Wertungen folgenden Darstellungen des Vorgangs haben immer eines gemeinsam: Bewiesen wird die Angleichung des Ostens an den Westen. Was allgemeine Geltung erlangt, sollte den Verdacht auf ideologische Prägung wecken und entsprechende Prüfung veranlassen. Also: War der ostdeutsche Umbau wirklich nur die nachholende Annäherung an die westdeutsche Wissenschaftsmode? Und, Gedankenspiel: Was wäre passiert, wenn man die Ossis, also alle miteinander, hätte alleine machen lassen?

Set von Unerträglichkeiten

Notwendig scheint da zunächst eine Erweiterung des Blicks über die debattenbestimmende institutionenzentrierte Perspektive hinaus. Zugleich wäre ein allein auf den Personalabbau fokussierter Blickwinkel zu vermeiden. Denn mit diesem fänden wir uns nur bei dem anderen Grenzpol der Debatte wieder.

Einer antizipationsgeleiteten Veränderung geht üblicherweise die hehre Proklamation voran, daß vorhandene Defizite beseitigt werden sollen. Die Vorstellung einer gesamtdeutschen Wissenschaftsreform gründete auf der Wahrnehmung ost- wie westdeutscher Krisenhaftigkeiten. Schauen wir dazu etwas genauer hin. Die Krisensymptome West dürfen hier einmal als bekannt vorausgesetzt werden. Weniger ausgeprägt ist die Kenntnis der Krisensymptome des DDR-Wissenschaftssystems.

Tragen wir eingangs zusammen, was diesbezüglich immer allgemein genannt wird, wenn jemand drauf zu sprechen kommt, dann ergibt sich ein nettes Set von Unerträglichkeiten:

- die zentrale Steuerung des DDR-Wissenschaftssystems, zudem über zwei Stränge, den staatlichen und den der SED;
- die politische Prägung des Gesamtbereichs: Forschungsplanung;
- Ressourcenverteilung nach wesentlich außerwissenschaftlichen Kriterien in Verbindung mit fehlender gesellschaftlicher Kontrolle, Verteilung von Aufstiegschancen immer auch auf der Grundlage politischer Prämissen (*Kaderpolitik*), Mangel an Methodenvielfalt und konkurrierenden Ansätzen (wenn diese, wie hinzuzufügen ist, auch nicht völlig absent waren), durchgehende Anwesenheit des Kontrollapparats, dessen Arbeit zudem nicht immer nach rational nachvollziehbaren Kriterien – etwa bei der Gewährung von Reise genehmigungen – abließ;
- keine hochschulinterne Demokratie;
- die forschungspolitisch ökonomistische Schwerpunktsetzung auf Anwendungsforschung;
- die Abkopplung vom internationalen wissenschaftlichen Austausch außerhalb des Ostblocks;
- die akademische Immobilität;
- die Durchreglementierung des Studiums;
- die mangelhaften Ausstattungen der wissenschaftlichen Einrichtungen.

Daneben freilich gab es Elemente, die meist nur randständige oder keine Erwähnung finden. Das Schreckensbild muß komplettiert werden durch:

- die mangelnde systemische Innovationskapazität; den Versuch einer Bilanzierung des akademischen Personalbedarfs;
- die – im Zuge eines Parteitagskonjunkturen folgenden Verständnisses von Wissenschaftlich-technischer Revolution – Verfolgung eines Elitenbildungskonzept ohne Reflexion der sozialen und politischen Implikationen;
- das bei all diesem gleichzeitige Fehlen produktiver Leistungsanreize für die breite Basis des wissenschaftlichen Personals;
- die betonte interne Hierarchisierung in Verbindung mit einer undurchlässigen Personalstruktur nach einem Berufungsschub Anfang der 70er, die damit zu einem Element konservativen Beharrens geriet;
- die innerwissenschaftlichen Machtstrukturen, welche die politischen um die systemübergreifenden Patronage- und Protektionsmechanismen bereicherten;
- eine am prognostiziertem Bedarf orientierte Nachwuchsförderung und auch dadurch geringe Ausbildung von Flexibilität;
- die drastische Verringerung des Frauenanteils nach oben in der Hierarchiepyramide;
- die ideologischen Prägungen des Alltagsbewußtseins der wissenschaftlich Beschäftigten, die fächerübergreifend ein technokratisches Selbstverständnis als wissenschaftliche Werk tätige bewirkten;
- die unausgeprägte Konfliktfähigkeit.

Es ist kaum noch auszuhalten, darum brechen wir hier einmal ab.

Schauen wir stattdessen, ob und wie diese Erschöcklichkeiten der marxistisch-leninistischen Kleinbürgerherrschaft alle wegtransformiert worden sind. Denn das wenigstens durfte ja wohl erwartet werden von einer Überstülpung. Betrachten wir also die zwischenzeitlichen Ergebnisse.

Im wesentlichen kompatibel

Zunächst: Die mangelnde systemische Innovationskapazität war nicht nur vom politischen System abgeleitet, sondern auch wissenschaftsstrukturbedingt – und zwar in Ost wie West. Der

Transfer der Strukturen – materialisiert wesentlich in den Institutionen – hat die mangelnde Innovationskapazität auf eine neue institutionelle Grundlage gestellt, die Ursachen hat er bedauerlicherweise nicht beseitigt.

Sodann: Prägend für den ostdeutschen Wissenschaftsumbau war dessen Außensteuerung. Kultusministerkonferenz, *Wissenschaftsrat* und *Bund-Länder-Kommission* trafen die ersten wesentlichen Entscheidungen. Extreme Zuständigkeitskonzentration bei den Länderministerien wurde hernach zum Endpunkt der Dezentralisierung. Das regte im Einzelfall manche/n an den Hochschulen und Instituten auf, begegnete gleichwohl dominierenden Ansichten, die offensichtlich Leninschen Argumentationslinien folgten: Übergangszeiten benötigen vor allem eine straffe Führung.

Hier offenbarten sich wohl die unbewußten aber wirksamen realsozialistischen Befangenheiten derjenigen, die das Erneuerungsmonopol für sich beanspruchten. Dies war in den Institutionen das aus der zweiten in die erste Reihe gerutschte Führungspersonal. Seine wesentliche Qualifikation bestand – bis auf wenige Ausnahmen – darin, in der DDR unauffällig gewesen zu sein, mithin einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der bornierten Verhältnisse geleistet zu haben.

Von solchem Personal war wenig zu erwarten. Das zeigte sich denn auch in der Gestaltung hochschulinterner Machtstrukturen: Die gesetzliche Einführung starker Dekane etwa befriedigte ein genuin ostdeutsches professorales Bedürfnis. Die Transparenz hochschulinterner Entscheidungsprozesse brauchte nicht wesentlich verändert werden, sie war in Ostdeutschland schon so gering, daß das Vorhandene nur weiterzupflegen war, um unnötige Störfaktoren auszuschalten.

Als Nächstes: Die Ressourcenzuteilung läuft nunmehr zumindest rationaler. Daß es zu wenig ist, was da zugeteilt wird, ist evident: Weil politisch die Prioritäten falsch gesetzt werden, wie wir klug hinzufügen wollen. Als Königsweg zur Deckung der Defizite gilt die Drittmittelinwerbung, und zwar egal wo: vergleiche etwa das HRK-Papier „*Zur Forschung in den Hochschulen der neuen Bundesländer*“. Dieses lobt die TU Chemnitz-Zwickau, weil von ihr 1993 bei der *Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen* mehr Mittel als bei DFG eingeworben worden waren.⁶ Dahinter steckt ein ökonomistischer Wissenschaftsbegriff, der im Osten nicht erst eingebleut werden mußte. Damit ist zugleich relativ widerstandsfrei durchzusetzen, worauf seitens der Politik im Zuge der *Standort-Deutschland*-Debatte zunehmend gedrungen wird: die Schwerpunktsetzung auf anwendungsorientierte Forschung.

Damit zur hochschulinternen Demokratie: Einige AktivistInnen wollten 1989/90 das ordinarial inspirierte Hochschulrecht der ehemaligen Bundesrepublik aus den Angeln heben. Es war so schön, grundsätzlich zu sein. Die altlastgesättigte Professorenschaft fand sich unter gezielter Ausnutzung ihres schlechten Gewissens zu demokratischen Verfahren gedrängt: Konzile wurden in Viertelparitäten gewählt, die neuen Uni-Verfassungen schrieben plebiszitäre Fingerübungen fest. All das sollte sich wiederfinden in den Hochschulgesetzen der erneut gebildeten Länder. Doch der Souverän hatte wie so oft völlig daneben gewählt. Derart wurde es mit der radikalen Demokratisierung der Hochschulen wieder einmal nichts.

Ersatzweise kamen auswärtige Berater. Die hatten alle eine Diskette im Gepäck mit vermeintlich bewährten Gesetzen darauf. Nicht Textbausteine

wurden der Realität angepaßt. Nein, die Realität hatte sich dem importierten Text zu nähern. Doch: Die allseits überzeugende Lösung dafür hatten wieder Ostdeutsche geliefert. »Deutschlandkompatibilität« hieß der geniale Marketing-Einfall. Und: Mancher wurde auch erst dann vom ordinariellen Saulus zum gruppenuniversitären Paulus, nachdem er aus den Strukturen herausgefallen war.

Weiteres Thema: Die Durchreglementierung des Studiums. Hier konnte wieder auf bewährte DDR-Erfahrungen zurückgegriffen werden. Was in den ostdeutschen Landeshochschulgesetzen westabweichend vorkommen durfte, waren Verschärfungen gegenüber der westdeutschen Gemütlichkeit. Normierte Studiengänge und sanktionsbewehrte Hochschulaufenthaltszeiten, drastische Eingriffsmöglichkeiten der Ministerien, Hochschuleingangsprüfungen und dergleichen: Während im Westen noch heftig diskutiert wurde, schrieb es der Osten einfach in seine Gesetze. Der sächsische Wissenschaftsminister weiß auch warum: „Der Spinner und Flenner, der Chaoten und Scharlatane gibt es in Deutschland weiß Gott mehr als genug. Deren Schar brauchen die Hochschulen nicht zu vermehren.“⁷

Zugleich wurde damit ein antiwestdeutsches Ressentiment instrumentalisiert. Denn all dies lief unter der großen Losung »In Ostdeutschland sollen die westdeutschen Hochschulzustände vermieden werden!« Als Erfolgsweg dahin gilt die Restriktion des Studienablaufs auf einen normierten Normalstudenten hin. Der freilich ist eine Projektion, in deren Parameter immer weniger Studierende auch in Ostdeutschland hineinpassen. Den ostdeutschen Profs – zu Recht – unterstellte größere Aufmerksamkeit für die Lehre verbindet sich an dieser Stelle mit einer aus der DDR tradierten Vorliebe für ein Studium streng nach Vorschrift.

Hinter solchen Reglementierungen – nach denen sich ja auch der westdeutsche hochschulpolitische *mainstream* sehnt – taucht eine alte DDR-Marotte auf: die Bilanzierung des akademischen Personalbedarfs. Die hat schon in der DDR nie hingehauen.

Die akademische Immobilität, um auch einmal eine richtige Neuerung zu erwähnen, wurde zwar

aufgehoben (zumindest für jüngere WissenschaftlerInnen), doch geschah dies um den Preis der Einführung der westdeutschen Personalstruktur und der dortigen prekären Formen der Nachwuchsförderung.

Ebenso wurde bzgl. des Frauenanteils im Wissenschaftsbereich ein wesentlicher Schritt zur Einführung der westdeutschen Normalität – die, wir wissen es, nicht *normal* ist – getan. Doch verband dies sich gut mit einer unterschwelligen Aggressivität, die im Osten eine auffällige Alltagsarranganz gegenüber Gleichstellungsfragen grundiert. Schließlich: Verbunden ist all dies mit unausgeprägter Konfliktfähigkeit nach außen wie innen – mit phasenweisen Ausnahmen wie an der Humboldt-Universität Berlin. Substituiert wird der Mangel vornehmlich mit einem beachtenswert qualifiziertem Intrigantentum. Doch damit sind wir bereits bei solchen Übereinstimmungen zwischen Ost und West, die vermutlich die tragfähigeren Brücken zur *inneren Einheit* bilden werden.

Integrierte Krise

Nun könnten wir überlegen: Was von all dem wäre anders passiert, wenn man die Ossis hätte alleine machen lassen?

Natürlich gab es da auch eine Reihe interessanter Reformvorschläge. Indessen: Es waren kleine, wenn auch aktive Minderheiten, die diese trugen. Durchgesetzt hat sich letztlich die gelangweilte Mehrheit: mit ihrer Orientierung an den nächsten Dingen, die sie zu den letzten machte. Daß es zwischendurch ein paar Auseinandersetzungen im Osten selbst gegeben hat, begründet zum einen eine Ehrenrettung für die aktiven Minderheiten. Zum anderen legt es die Vermutung nahe, daß nicht zwischen Ost & West die wesentliche Konfliktlinie verlief wie verläuft. Die Ergebnisse können wohl nicht allein westdeutscher Domestizierung zugeschrieben werden: Dazu ist von ostdeutscher Seite zu viel von den eigenen Defiziten eingebracht worden.

Insgesamt können wir feststellen: Einerseits waren nicht alle DDR-Defizite dem westdeutschen Wissenschaftssystem fremd. Insofern gab es

nicht nur Neuzuführungen, sondern auch gegenseitige Verstärkungen von Defiziten. Andererseits wurden nicht alle DDR-Defizite übernommen, vielmehr manche durch gleichfalls defizitäre westdeutsche Lösungen ersetzt.

Die These von der schlichten Übertragung des Westens auf den Osten kann so für das Wissenschaftssystem nicht stimmen. Stattdessen brachte die deutsche Vergesamtstaatlichung im Wissenschaftsbereich ein ansehenswertes Ergebnis der die äußere Einheit vollendenden Obsessionen: Die ostdeutsche Wissenschaftskrise und ihr westdeutsches Pendant sind erfolgreich zur gesamtdeutschen Wissenschaftskrise vereinheitlicht worden.

Geklappt hat das vermutlich, weil „wir gleicher sind, als wir denken“, wie wir der überzeugenden Anzeigenkampagne der einer nationalen Einheit verpflichteten „Aktion Gemeinsinn“ entnehmen konnten. Unter dem Motto wurden bspw. von einheitlichem Handkantenschlag gemarterte Sofakissen in ostdeutschen und westdeutschen Wohnzimmern abgebildet.

Anmerkungen

- 1) Edelbert Richter / Christian Wipperfurth: Wissenschaftskatastrophe. Zur Situation von Forschung Hochschulen in den neuen Bundesländern. Hg. Die SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament. o.J. (1992) o.O. (Strasbourg).
- 2) Vgl. Renate Mayntz: Das deutsche Wissenschaftssystem nach der Vereinigung. In: *MPG-Spiegel* 5/94.
- 3) weil einzige
- 4) Grundlinien der Philosophie des Rechts. Frankfurt a.M. 1972. S.100.
- 5) Volker Eichener / Ralf Kleinfeld et al. (Hg.): Organisierte Interessen in Ostdeutschland, Marburg 1992. S. 548f.
- 6) Hochschulrektorenkonferenz: Zur Forschung an den Hochschulen der neuen Bundesländer. Stellungnahme des 173. Plenums der HRK, Bonn, 4. Juli 1994. *Dokumente zur Hochschulreform* 97/1994, Bonn 1994.
- 7) Hans Joachim Meyer anlässlich der Einweihung der Chemnitzer Wiwi-Fakultät 1993. In: *DUZ* 23/1993.

Peer Pasternack ist Politologe in Leipzig und verantwortlicher Herausgeber von »hochschule ost«

Hochschule als gesellschaftliches Risiko

Hochschulpolitische Thesen des BdWi*

Die »Krise der Hochschulen« ist in der öffentlichen Debatte. Die Hochschulen werden – vor allem vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Geldmittel – zur Strukturreform angehalten. (...) Reformvorschläge kommen dabei entweder von den staatlichen Behörden oder Wirtschaftsorganisationen, zum geringeren Teil auch aus der StudentInnenschaft. Die Universität als Ganzes ist mehr oder weniger stumm. Die Krise der Hochschulen scheint vielmehr den defensiven internen Klientelismus und die vorhandenen hierarchischen Strukturen noch zu verstärken, die Stellung der HochschullehrerInnen erfährt eine neuartige Aufwertung, Dekane sollen gestärkt, kollegiale Gremien der Selbstverwaltung geschwächt werden: *Alle Reformvorstellungen sind auf eine technokratische Optimierung des »muddling through« ausgerichtet.* Diese Tendenzen wurden im Zuge des »Umbaus« der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft noch verstärkt, indem die

jeweils negativen Strukturelemente beider Systeme übernommen wurden und sich in einer neuartigen Synthese gegenseitig verstärkten: Rudimente von Autoritäts- und Technikgläubigkeit im Osten kamen zusammen mit den Bemühungen der Wissenschaftsbürokratie um die Stromlinienförmigkeit der Hochschulen im Westen.

Die Frage nach Funktion und Aufgabe der Hochschule in der »Risikogesellschaft« bleibt unbeantwortet, der Beitrag der Hochschulen zur Verschärfung ökologischer und sozialer Risikolagen unreflektiert. Effizienz in Forschung und Lehre ist vielmehr das alles überragende Stichwort.

Im Gegensatz hierzu muß generell die Frage gestellt werden, ob die Hochschule als Teil des risikoträchtigen kognitiven und sozialen Systems der neuzeitlich-patriarchalen Wissenschaft überhaupt aus sich heraus adäquate Reformvorstellungen und -ansätze entwickeln kann. Oder ist die Hochschule schon so sehr immanenter Bestand-

teil des sozial und ökologisch destruktiven Konsum- und Produktionsmodells der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Industriestaaten – und somit selbst ein gewichtiger Risikofaktor? Ist die Hochschule überhaupt noch ein adäquater Institutionentypus zur Erzeugung sozial und ökologisch nützlichen Wissens?

Vor dem Hintergrund dieser Fragen wird deutlich, daß Hochschulreform – wenn sie überhaupt möglich ist – nur eingebettet sein kann in eine Reform der Erzeugung wissenschaftlichen Wissens.

These I

Die gesellschaftliche Bewältigung der vom fordistisch-industrialistischen Kapitalismus erzeugten globalen Risikolagen von neuer Qualität erfordert einen sozial-ökologischen Umbau des Wissenschaftssystems im allgemeinen und eine radikale Hochschulreform im besonderen.

Mit der zunehmenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen auf globaler Ebene einhergehend mit einer fortschreitenden sozialen Verelendung der Bevölkerung in weiten Teilen der südli-